

Stand: 01.06.2025 07:40:26

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/385

"Praxis der Umweltverträglichkeitsprüfung im Freistaat: Einhaltung von europäischem Recht oder Kniefall vor Wirtschaftsinteressen?"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/385 vom 20.02.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1671 des UV vom 11.04.2019
3. Beschluss des Plenums 18/1891 vom 08.05.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 16 vom 08.05.2019



Antrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Florian von Brunn, Margit Wild, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann, Inge Aures, Christian Flisek, Harald Güller, Stefan Schuster, Arif Taşdelen, Dr. Simone Strohmayr SPD**

Praxis der Umweltverträglichkeitsprüfung im Freistaat: Einhaltung von europäischem Recht oder Kniefall vor Wirtschaftsinteressen?

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zeitnah einen mündlichen und schriftlichen Bericht über die bayerische Praxis der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) vorzulegen, und dabei besonders auf folgende Punkte einzugehen:

- Sieht die Staatsregierung ihre Praxis der UVP im Einklang mit geltendem EU-Recht?
- Welche Hintergründe hat das Schreiben aus dem Umweltministerium (UMS) vom 20.07.2018?
- Mit welcher Begründung und mit welchen Hintergründen wurde diese Weisung bzw. dieses UMS nur einen Monat später wieder zurückgezogen?
- Haben Interessensvertreter oder Verbände (zum Beispiel Wirtschaftsvertreter) versucht, auf diese Entscheidung einzuwirken? Wenn ja, wer und wie?
- Nach welchen Prinzipien werden Entscheidungen über die Notwendigkeit der Durchführung einer UVP getroffen? Welche entsprechenden Weisungen oder Abwägungshilfen gibt es?
- Wie viele UVP wurden in den vergangenen zehn Jahren in Bayern durchgeführt? Welcher Prozentsatz an Projektvorhaben ist dies?
- Welchen Prozentsatz an UVP bei Projekten weisen andere deutsche Bundesländer auf? Welchen Prozentsatz an UVP bei Projekten weisen andere europäische Länder auf?
- Warum wird die UVP in Bayern nicht standardmäßig durchgeführt, sondern nur in Ausnahmefällen?
- Inwiefern könnte eine behördliche Bevorzugung solcher Anträge und Anliegen, denen über das Eco-Management and Audit Scheme (EMAS) der Europäischen Union bereits umfassend eine regelkonforme Umwelnutzung nachgewiesen wird, die Arbeit der Umweltbehörden vereinfachen? Warum ist ein solches Vorgehen nicht gängige Praxis?
- Hat eine fehlende UVP nach Einschätzung der Staatsregierung Auswirkungen auf die Rechtssicherheit bei Projekten?
- Ist die Staatsregierung dazu bereit, ihre Praxis bzgl. UVP kritisch zu überdenken und gegebenenfalls zu ändern?

Begründung:

Im Februar 2019 befasste sich der Landtag mit einer Petition bezüglich der Vorgaben für Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) bei Eingriffen in Umwelt und Natur in Bayern, die von einem hochrangigen Beamten des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV) eingebracht wurde. Die in der Öffentlichkeit dazu bekannt gewordenen Details lassen schließen, dass die Staatsregierung ihre Haltung zur Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen aufgrund des Einflusses von wirtschaftlichen Interessensvertretern grundlegend geändert hat.

Die Prüfung der Umweltverträglichkeit bei Vorhaben, die aufgrund ihrer Art, ihrer Größe oder ihres Standorts erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt haben können, ist europaweit vorgeschrieben. Zudem gibt es zu der Frage der Umsetzung Urteile des Europäischen Gerichtshofs (EuGH).

Das StMUV hat nach Medienberichten am 20.07.2018 diesbezüglich ein Schreiben (UMS) an die zuständigen Behörden im Freistaat herausgegeben, dass klarmachen sollte, dass die UVP rechtlich der Regelfall sein muss und nur ausnahmsweise entfallen kann. Diese Weisung wurde jedoch nach einem Monat wieder zurückgenommen. Offenbar geschah dies aufgrund einer Intervention des Geschäftsführers der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft (vbw) beim damaligen Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Marcel Huber (CSU).

Es muss jetzt dringend aufgeklärt werden, welche genauen Gründe bei dieser Entscheidung zur Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen in Bayern eine Rolle spielten. Außerdem müssen Landtag und Öffentlichkeit umfassend informiert werden, wann und in welchen Fällen UVP in Bayern stattfinden. Dabei sind besonders die Übereinstimmung und mögliche Konflikte mit europäischem Recht darzustellen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

**Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Margit Wild u.a. SPD
Drs. 18/385**

Praxis der Umweltverträglichkeitsprüfung im Freistaat: Einhaltung von europäischem Recht oder Kniefall vor Wirtschaftsinteressen?

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Florian von Brunn**
Mitberichterstatter: **Dr. Martin Huber**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 7. Sitzung am 28. Februar 2019 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung hat den Antrag in seiner 7. Sitzung am 11. April 2019 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Rosi Steinberger
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Margit Wild, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann, Inge Aures, Christian Flisek, Harald Güller, Stefan Schuster, Arif Taşdelen, Dr. Simone Strohmayr SPD

Drs. 18/385, 18/1671

Praxis der Umweltverträglichkeitsprüfung im Freistaat: Einhaltung von europäischem Recht oder Kniefall vor Wirtschaftsinteressen?

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zeitnah einen mündlichen und schriftlichen Bericht über die bayerische Praxis der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) vorzulegen, und dabei besonders auf folgende Punkte einzugehen:

- Sieht die Staatsregierung ihre Praxis der UVP im Einklang mit geltendem EU-Recht?
- Welche Hintergründe hat das umweltministerielle Schreiben (UMS) vom 20.07.2018?
- Mit welcher Begründung und mit welchen Hintergründen wurde diese Weisung bzw. dieses UMS nur einen Monat später wieder zurückgezogen?
- Haben Interessensvertreter oder Verbände (zum Beispiel Wirtschaftsvertreter) versucht, auf diese Entscheidung einzuwirken? Wenn ja, wer und wie?
- Nach welchen Prinzipien werden Entscheidungen über die Notwendigkeit der Durchführung einer UVP getroffen? Welche entsprechenden Weisungen oder Abwägungshilfen gibt es?
- Wie viele UVP wurden in den vergangenen zehn Jahren in Bayern durchgeführt? Welcher Prozentsatz an Projektvorhaben ist dies?
- Welchen Prozentsatz an UVP bei Projekten weisen andere deutsche Bundesländer auf? Welchen Prozentsatz an UVP bei Projekten weisen andere europäische Länder auf?
- Warum wird die UVP in Bayern nicht standardmäßig durchgeführt, sondern nur in Ausnahmefällen?
- Inwiefern könnte eine behördliche Bevorzugung solcher Anträge und Anliegen, denen über das Eco-Management and Audit Scheme (EMAS) der Europäischen Union bereits umfassend eine regelkonforme Umweltnutzung nachgewiesen wird, die Arbeit der Umweltbehörden vereinfachen? Warum ist ein solches Vorgehen nicht gängige Praxis?

- Hat eine fehlende UVP nach Einschätzung der Staatsregierung Auswirkungen auf die Rechtssicherheit bei Projekten?
- Ist die Staatsregierung dazu bereit, ihre Praxis bzgl. UVP kritisch zu überdenken und gegebenenfalls zu ändern?

Die Präsidentin

I.V.

Thomas Gehring

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsverdrigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Nummer 3 der Liste. Es ist dies der Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Margit Wild und anderer (SPD) betreffend "Die Fruchtbarkeit unserer Böden erhalten und effektiven Klimaschutz gewährleisten – Für eine bayerische Humusstrategie" auf Drucksache 18/204. Der Aufruf dieses Antrags erfolgt dann in einer der nächsten Sitzungen. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Auch da sehe ich alle Fraktionen: AfD, FDP, CSU, FREIE WÄHLER, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Zustimmung auch der beiden fraktionslosen Abgeordneten.

Berichtigung

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Verfassungsstreitigkeit und die Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
 oder
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeit

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 18. April 2019 (Vf. 41-IX-19) betreffend
 Vorlage des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration vom 18. April 2019 betreffend den Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens „Stoppt den Pflegenotstand an Bayerns Krankenhäusern“
 PII-G1310.19-0005
 Drs. 18/1864 (G)
 Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration
 - I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
 - II. Die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zulassung des Volksbegehrens sind nicht gegeben.
 - III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

	CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ombudsstelle für faire Handelspraktiken einrichten
Drs. 18/154, 18/1551 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Margit Wild u.a. SPD
Die Fruchtbarkeit unserer Böden erhalten und effektiven Klimaschutz gewährleisten – Für eine bayerische Humusstrategie
Drs. 18/204, 18/1648 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Der Antrag wird in einer kommenden Plenarsitzung gesondert beraten.

4. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Annette Karl u.a. SPD
Digitalpakt vorbereiten – Bayerisches Schulfinanzierungsgesetz ändern
Drs. 18/290, 18/1705 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Verkehrssicherheit durch mehr Lkw-Parkplätze auf Autobahnrastanlagen durch Kompaktparken und Kolonnenparken
Drs. 18/339, 18/1659 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Pflicht zur Vorlage von Jagdtrophäen abschaffen
Drs. 18/340, 18/1699 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ökologischer Landbau in der Agrarstatistik
Drs. 18/341, 18/1700 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

